

## Kommt das Ende der globalen Welt?

Interview mit Prof. Dr. Andreas Nölke, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.  
Forschungsschwerpunkte von Prof. Nölke sind Internationalen Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie

Ivo Alexiev, 20.05.2020

Herr Prof. Nölke, die Ergebnisse Ihrer Analyse in vielen Weltgegenden ergeben, „...dass wir aktuell die langfristige Wendung zu einer Phase des organisierten Kapitalismus sehen, ähnlich wie bei der früheren Wendung in den 1930er Jahren.“ Was zeichnet den Kapitalismus in seiner organisierten Phase im Gegensatz zu der liberalen Phase aus?

Bei einer liberalen Phase des Kapitalismus können die Eigentümer der Unternehmen über Letztere frei verfügen. Beim organisierten Kapitalismus dürften die Unternehmen zwar auch Gewinne machen, müssen sich aber einem übergeordneten Zweck unterwerfen. Dieser Zweck kann sehr unterschiedliche Formen annehmen: es kann um die Organisierung eines industrieweiten Kartells gehen, die Organisation einer Kriegswirtschaft, eines industriellen Aufholprozesses oder die Überwindung einer schweren Wirtschaftskrise.

Sie legen Ihrer Analyse die Theorie langfristiger Phasen des Kapitalismus zugrunde. Welche gegenwärtigen politischen und ökonomischen Tatbestände erfüllen die Bedingungen dieser Theorie für den Übergang zum organisierten Kapitalismus?

In meiner Beobachtung haben wir in den letzten hundert Jahren regelmäßig Übergänge vom liberalen zum organisierten und vom organisierten zum liberalen Kapitalismus gesehen. So folgte auf den liberalen Kapitalismus der 1920er Jahre eine lange Phase des organisierten Kapitalismus, die ab Ende der 1970er Jahre wieder von einer Phase des liberalen Kapitalismus abgelöst wurde. Phasen des organisierten Kapitalismus enden meist in einer langen Stagnationsphase, weil die Menschen mit der vergleichsweise ineffizienten Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen nicht mehr zufrieden sind, Phasen des liberalen Kapitalismus enden eher in einer turbulenten Krise, wie wir sie derzeit beobachten. Aus der Existenz dieser Krise und einer Vielzahl von Anzeichen einer Hinwendung zum organisierten Kapitalismus schließe ich, dass wir uns gerade in einem entsprechenden Übergang befinden.

Den Wahlsieg Donald Trumps in den USA und den Brexit betrachten Sie als Zeichen eines neuen Nationalismus, einer Revision des Globalismus. Die Bereitschaft zu internationaler Kooperation und Arbeitsteilung scheint weltweit zu schwinden. Stattdessen erleben wir einen Paradigmawechsel hin zur Stärkung der nationalen politischen und wirtschaftlichen Souveränität. Reindustrialisierung und nationale Kontrolle der Ökonomie werden wieder wirtschaftspolitische Leitziele. Erleben wir gerade die Restauration des starken – gar autoritären(?) – Nationalstaates?

Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir derzeit eine Phase des Wiederaufstiegs des nationalen Staats erleben. Wir sehen das in vielen Industrieländern, selbst in besonders liberalen Wirtschaften wie den USA und Großbritannien, aber insbesondere auch natürlich in China, dem Leitmodell der aktuellen Hinwendung zum organisierten Kapitalismus. Ob die Hinwendung zum nationalen Staat autoritär oder progressiv ausfällt, ist allerdings noch nicht ausgemacht. Denken Sie an die 1930er Jahre, dort konnten wir sowohl die progressive Variante des New Deals als auch die autoritäre Variante des Faschismus beobachten. Die Rückkehr zum Nationalstaat muss auch nicht das Ende der Internationalen Kooperation bedeuten, es wird dann eher um intergouvernementale Kooperation als supranationale Formen internationaler Kooperation gehen.

**Ist die Wiedergeburt des Nationalstaats die passende Lösung für die drängenden wirtschaftlichen Probleme der Welt? Kann er etwa die COVID-19-Krise besser bewältigen?**

Die entscheidende Frage ist hier für mich nicht jene nach der Wiedergeburt des Nationalstaats, sondern jene nach liberalem oder organisiertem Kapitalismus. Bei den aktuellen wirtschaftlichen Problemen, insbesondere der extrem tiefen Rezession, die sich nach der Covid-19-Krise einstellen wird, halte ich den liberalen Kapitalismus für ausgesprochen ungeeignet bei der Problembewältigung. Hier sind massive staatliche Investitionsprogramme unabwendbar, beispielsweise für den Gesundheitssektor, aber auch für soziale Sicherungssysteme.

**Trump und Brexit sind Symptome für steigende Angst vor dem Fremden. Auch vor ausländischer Konkurrenz. Ihr geben Rechtspopulisten für Deindustrialisierung und Verarmung breiter Bevölkerungsschichten im Westen die ausschließliche Schuld. Xenophobie und Rassismus bekamen Aufwind. Bestehen jedoch Ihrer Ansicht nach aus ökonomischer Sicht zwingende Ursachen für den Zerfall des „Global Village“ in nationale „Clans“?**

Ich teile Ihre Sorge, dass wir derzeit eine sehr unangenehme Zunahme von Xenophobie und Rassismus erleben. Eine Hinwendung zum organisierten Kapitalismus und zum Nationalstaat gehen aber keinesfalls notwendig mit diesem Phänomen einher. Der New Deal Roosevelts war in dieser Hinsicht unproblematisch im Gegensatz zum Faschismus. Ich sehe allerdings das Problem, dass man den Rechtspopulisten und ihren Argumenten in die Hände spielt, wenn man Phänomene wie De-Industrialisierung und die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten nicht ernst nimmt. Es gibt in der Tat Bevölkerungsgruppen mit einem ähnlichen Qualifikationsprofil wie jene von Migranten, die ein legitimes Interesse an der Begrenzung von Zuwanderung haben, weil sie sonst einer noch weiter verstärkten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind. Insofern sollte man nicht jede Begrenzung von Zuwanderung mit Xenophobie gleichsetzen.

**Ist die weltwirtschaftliche Entflechtung überhaupt noch möglich?**

Die Globalisierung wird sicher nicht wieder auf null gesetzt. Wir werden aber in nächster Zeit Prozesse sehen, bei denen Wertschöpfungsketten in ihrer Reichweite reduziert werden und verschiedenen Hersteller sich nicht mehr darauf verlassen werden, ihre Vorprodukte nur von einem Zulieferer bzw. nur aus einem Herkunftsland zu beziehen. Insofern gibt es einen Prozess des

Onshorings geben, bei dem die weltwirtschaftliche Verflechtung etwas reduziert wird, insbesondere gegenüber Ökonomien, die geografisch relativ weit entfernt liegen oder als instabil gelten.

Kristalina Georgieva, die Leiterin des Internationalen Währungsfonds, warnt: „Ungleichheit macht Krise“. Sie meint damit die exorbitante Einkommenskluft zwischen arm und reich auf der ganzen Welt. Die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit den Folgen der Globalisierung ist mit ein Grund, warum Populisten wie Trump, Boris Johnson & Co erst wählbar wurden. Fällt dem Westen nichts Besseres ein, als die stabilitätsgefährdende, ungerechte Einkommens- und Besitzverteilung rechtspopulistisch anzugehen?

Frau Georgieva hat vollkommen recht, wenn sie die extrem angestiegene Vermögensungleichheit und die materielle Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten als eine der wesentlichen Ursachen zum Aufstieg von Populisten ansieht, auch wenn diese ganz besonderen Zuspruch aus der unteren Mittelschicht und nicht unbedingt von den Ärmsten erhalten. Ironischerweise würde allerdings eine Regierungsbeteiligung von Rechtspopulisten diese Situation noch weiter verschärfen, da sie ja bei wirtschaftspolitischen Rezepten häufig noch stärker auf den Wirtschaftsliberalismus (und damit Ungleichheit) setzen als die etablierten Kräfte. Es wäre also sehr wichtig, zur Verhinderung solcher Rechtspopulisten eine stärkere Rolle von Parteien zu sehen, die sich einem starken Sozialstaat und einem Ausgleich dieser Ungleichheiten verschreiben.

Sie schreiben, dass gegenwärtig der Links-Rechts-Gegensatz in der Politik immer mehr in den Gegensatz Kosmopolitismus-Provinzialismus überginge. Wir erleben aber gerade einen stark polarisierten Wahlkampf in den USA, und zwar gerade nach dem alten Links-Rechts-Schema. Wie beurteilen Sie das?

Als Gegenstück zu Kosmopolitismus würde ich nicht den Provinzialismus, sondern den Kommunitarismus nennen. Der Kommunitarismus betont die Bedeutung der gesellschaftlichen Einbettung der Menschen sowie ihren Schutz durch den Nationalstaat, der ja zudem auch regelmäßig den Sozialstaat trägt. Um aber zum amerikanischen Wahlkampf zu kommen, sehe ich diesen nicht so eindeutig nach links/rechts polarisiert. Im Gegensatz zum unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders ist der demokratische Kandidat Biden ja nicht unbedingt ein klarer Vertreter linker Positionen (und sehr kosmopolitisch orientiert). Zudem bedient sich Präsident Trump durchaus erfolgreich einiger Muster des Kommunitarismus, insofern er relativ stark auf den Nationalstaat setzt. Um eine Wiederwahl von Trump zu verhindern wäre aus meiner Sicht ein etwas kommunitaristischerer Kandidat wie Sanders besser geeignet.

Die Zeitenwende, die wir Ihrer Ansicht nach gerade erleben, ähnelt derjenigen der 1930er Jahre, mit dem Siegeszug des Faschismus, aber auch derjenigen der 1980er Jahre, mit dem Aufstieg des Neoliberalismus. Für den von Ihnen angekündigten organisierten Kapitalismus bestehen somit zwei Alternativen. Er könnte sich ähnlich der *New Deal Politik* gestalten, die Präsident Roosevelt nach der Großen Depression betrieben hat. In diesem Fall wären sinnvolle ökonomische und soziale Reformen, die die Auswüchse des Laissez-faire-Periode zurückdrängten, sehr wahrscheinlich. Der organisierte Kapitalismus könnte aber auch in Faschismus münden. Autoritäre Tendenzen nicht nur in den USA und Großbritannien, sondern auch in Polen, Ungarn, Türkei, Brasilien und anderswo

könnten erste Warnzeichen sein. Ist nur 75 Jahre nach dem desaströsen Zweiten Weltkrieg Faschismus in Europa wieder eine gangbare Alternative?

Ich bin in der Tat sehr besorgt, dass die Hinwendung zum organisierten Kapitalismus, der wir derzeit entgegensehen, ähnlich wie in den 1930er Jahren in erster Linie rechtspopulistischen oder sogar faschistischen Kräften nützt. Die wesentliche Ursache ist für mich die zu enge Verknüpfung vieler linker politischer Kräfte mit dem Kosmopolitismus und dem wirtschaftlichen Liberalismus. Es wäre aus meiner Sicht sehr wichtig, dass linke politische Kräfte die Herausforderung des organisierten Kapitalismus entschieden annehmen, um einen Wiederaufstieg des Faschismus zu verhindern.

Bei Ihnen ist zu lesen: „Der Kern des Konzepts des organisierten Kapitalismus ist die Frage, ob Unternehmen entweder das private Geschäft ihrer Eigentümer\*innen sind oder alternativ quasi öffentliche Infrastrukturen – und deswegen in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen durch institutionell sanktionierte Kollektivinteressen begrenzt werden.“ Wird in Deutschland ernsthaft über Verstaatlichungen von Unternehmen nachgedacht?

In Deutschland findet derzeit zwar keine Verstaatlichung statt, aber der Staat wird in einer Reihe von Unternehmen zumindest ein Anteilseigner werden, um diese Unternehmen im Kontext der Coronakrise vor einem Bankrott zu retten. Aufgrund der relativ starken Dominanz wirtschaftsliberaler Kreise verzichtet der Staat dabei allerdings darauf, die Unternehmen mehrheitlich zu übernehmen oder zumindest eine Sperrminorität zu erwerben, um damit einen maßgeblichen Einfluss auf die Unternehmensführung nutzen zu können. Wir sehen das gerade sehr gut bei den Verhandlungen mit der Lufthansa, bei der sich der Staat darauf beschränkt, eine Beteiligung unterhalb einer Sperrminorität zu erwerben. Ich halte das für einen Fehler.

Sie stufen die neuen EU-Mitglieder aus Osteuropa als „liberalere Schwellenländer“ und „abhängige Marktökonomien“ ein. Was ist darunter zu verstehen?

In der Tat bezeichne ich insbesondere die Visegrad – Ökonomien als abhängige Marktökonomien, darunter versteht man, dass diese Ökonomien sehr stark abhängig sind von den Entscheidungen von den Hauptquartieren multinationaler Unternehmen, die ihre Wirtschaft dominieren. Noch nie in der jüngeren Geschichte gab es Ökonomien, die in einem so hohen Maße von ausländischen multinationalen Unternehmen dominiert werden und ihre Politik so einseitig auf die Anziehung von ausländischen Direktinvestitionen ausrichten.

Bulgarien begibt sich gerade in den Wechselkursmechanismus ERM II – den sogenannten Warteraum vor Euro-Einführung. Würde Ihres Erachtens der Euro Bulgarien mehr Vor- oder mehr Nachteile bringen?

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der südeuropäischen Staaten, aber auch des Baltikums und Slowenien, würde ich Bulgarien dringend vor einer Euroeinführung warnen. Insbesondere das Beispiel Südeuropas hat gezeigt, dass Ökonomien, die nicht über ähnlich wettbewerbsorientierte Institutionen wie Deutschland verfügen, in einer gemeinsamen Währungsunion mit Deutschland auf Dauer ganz erheblich unter ökonomischen Druck geraten. Ihnen fehlt dann das Druckventil der Abwertung. Langfristig droht damit eine Deindustrialisierung.

Zum Schluss bitte ich um Ihre Prognose. Wird die Coronavirus-Pandemie die Welt politisch und ökonomisch strukturell ändern?

Ich gehe fest davon aus, dass die aktuelle Rezession, die durch die Coronavirus-Krise hervorgerufen wurde, so schwerwiegend ist, dass sie den Übergang von einer liberalen zu einer organisierten Kapitalismusphase stark beschleunigen wird. Das bedeutet eine strukturelle Änderung des Kapitalismus für zumindest ein oder zwei Dekaden, aber nicht unbedingt eine generelle Transformation weg vom Kapitalismus.

Wird die EU den Zeitgeist des neuen Provinzialismus, der den bisherigen Kosmopolitismus abgelösen scheint, überstehen?

Ich teile den Begriff des neuen Provinzialismus nicht, aber ich denke, dass die Europäische Union in der aktuellen Krise nicht zerbrechen wird. Was ich mir allerdings gut vorstellen kann ist, dass man sehr zurückhaltend sein wird mit der weiteren Stärkung der supranationalen Elemente der Europäischen Union, also der Kommission, des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Zentralbank. Die Europäische Union wird wahrscheinlich in den nächsten Jahren stärker intergouvernemental, also von den nationalen Regierungen und Parlamenten geprägt sein.

Herr Prof. Nölke, für Ihre Expertenmeinung bedanke ich mich herzlich!

Gerne.